

antifaschistisches pressearchiv
und bildungscenter
berlin g.k. (eigenes)
Lehrstuhl für Politik und
für / fax: 030 - 441 92 48
mailto:Beratung.de / www.blicknachrechts.de

blick nach

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten: 20. Jahrgang, Nr. 6, 20. März 2003

A 13861

rechts

Einblicke

Gescheitert

Von Frank Jansen

Seit dem 18. März um 10 Uhr wissen wir: Das NPD-Verbotsverfahren ist gescheitert. Die größte anzunehmende Blamage im Kampf gegen den Rechtsextremismus ist Realität. NPD und andere Neonazis können triumphieren. Der im Sommer 2000 vom Bundeskanzler proklamierte Aufstand der Anständigen ist weitgehend diskreditiert.

Ob Politik und Verfassungsschutz gewusst haben, dass Aussagen staatlich finanzierter Spitzel in den Verbotsanträgen problematisch sind oder nicht – diese Frage lenkt vom Kern des Problems ab. Die Demokraten in der Bundesrepublik haben bis heute keine nachhaltige Strategie zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und Rassismus zu Stande gebracht.

Lange Zeit geschah nichts. Die Proteste nach Hoyerswerda und Rostock waren bald vergessen. Erst nach einem mysteriösen Anschlag in Düsseldorf, bei dem jüdische Aussiedler verletzt wurden, ging die Empörung hoch. Der bayerische Innenminister forderte ein NPD-Verbot und fand dafür mehr Aufmerksamkeit als andere Politiker, die dies verlangt hatten. Der nun düpierte Bundesinnenminister hatte ursprünglich gewarnt, das die NPD belastende Material reiche nicht aus. Doch dann erschien es der Bundesregierung wichtiger, die Initiative nicht den Bayern zu überlassen. So wurde der Verfassungsschutz in ein populistisches Abenteuer getrieben.

Eine peinliche, blamable und makabre Situation: Die Verbotsgründe nehmen zu, doch das Verbot ist juristisch nicht durchsetzbar. Dieses Debakel hat die Politik selbst zu verantworten. Es reicht über die Niederlage in Karlsruhe hinaus. Einige Programme und Projekte gegen rechts haben sich als aktionistisch und mäßig erfolgreich erwiesen. Vielleicht ist der Gang des NPD-Verbotsverfahrens wenigstens eine Mahnung, nun das politische Engagement noch einmal voranzutreiben.

Frank Jansen ist Redakteur beim Berliner „Tagesspiegel“

Geheimnisvolle Band

Die im Visier der Staatsschützer stehenden „Weissen Wölfe“ treten nur höchst konspirativ in Erscheinung.

Seite 3 ■

„Wesensverwandt“

Schleswig-Holstein hat das neonazistische „Bündnis nationaler Sozialisten“ verboten.

Seite 4 ■

Bedrohliche Strukturen

Eine militante Neonaziszene in Hessen spioniert für sie unliebsame Personen aus.

Seite 5 ■

Mahlers Visionen

Der NPD-Rechtsanwalt trägt vor Gericht abenteuerliche Verschwörungstheorien vor.

Seite 7 ■

Päpstliche Politik

Wissenschaftler sehen die vom Vatikan kürzlich freigegebenen Dokumente über die NS-Zeit mit Vorbehalt.

Seite 9 ■

Meldungen

Seite 14 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information
und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Lölhöfel
Redaktion: Gabriele Nandlinger

Seitenblick**Grenzen aufzeigen****Nordrhein-Westfalen sperrt Hass-Seiten im Internet.**

Vom Bundeskanzler gelobt zu werden – gleichgültig welcher Partei er angehört – kann stets auch politisch motiviert sein. Wenn allerdings der Bundespräsident etwas begrüßt, dann tut er das als Staatsoberhaupt aller Bürger. Insofern sollte dies auch herausgehoben werden. Johannes Rau hat soeben die Bezirksregierung in Düsseldorf und damit deren Chef Jürgen Büssow als Vorbild bezeichnet und dafür gedankt, dass Büssow gegen Hass-Seiten im Internet vorgeht. Er wünsche sich, dass auch Medienaufsichtsbehörden anderer Bundesländer diesem Vorbild folgten, sagte der Bundespräsident kürzlich in Berlin. Die Bezirksregierung in Düsseldorf ist in der Medienaufsicht für ganz Nordrhein-Westfalen zuständig. Aufsichtsbehörden gibt es in allen Bundesländern.

Auf die gefährlich zunehmende Zahl von Hass-Seiten hat bisher aber nur Nordrhein-Westfalen mit Sanktionen reagiert. In einem Gespräch mit der „Süddeutschen Zeitung“ sagte der Sozialdemokrat Büssow vor wenigen Tagen, das Internet sei zwar grenzenlos, erlaubt sei aber nicht alles. Es gebe Hinrichtungen im Internet und Kinderpornografie. „Der Opferschutz ist allemal größer einzustufen als die individuelle Neugier. Die Spielregeln der Gesellschaft gelten auch im Internet. Es gibt zwar so genannte Netiquetten, die regeln, wie man sich im Internet zu verhalten hat, aber keine funktioniert richtig. Wer ausbrechen will, der kann das. Deshalb ist das, was wir machen, auch eine Demonstration für die Handlungsfähigkeit einer Gesellschaft.“

Jürgen Büssow (56) war noch nie angepasst. Als Mitglied des NRW-Landtags hat er immer wieder gegen Rechtsextremismus und Schlussstrichdenken protestiert. So gehörte er zu den leider nur vier SPD-Abgeordneten, die in mehreren NS-Prozessen im Zuhörerraum saßen, um Solidarität mit den Opfern zu demonstrieren und die Öffentlichkeit auf diese wichtigen Strafverfahren aufmerksam zu machen. Im Kampf gegen die rechten Extremisten scheut Büssow ebenso wenig wie seine Mitarbeiter Angriffe von rechts. Besondere Aufmerksamkeit gilt dabei dem Verband der Provider „Electronic Commerce Forum“ in Köln. „Sie haben es als

Störung ihres Geschäftsbetriebes angesehen. Und die Benutzer dieser rechten Hass-Seiten haben zur Gewalt gegen mich und meine Mitarbeiter aufgefordert. Von den Beschimpfungen ganz zu schweigen. Es ist nicht das alltägliche Geschäft.“

Büssow bleibt jedoch bei seiner Linie. Das Internet sei eines der demokratischsten Kommunikationsmittel, das die Menschheit je hatte. „Davon haben wir alle immer geträumt, nämlich dass Sender zu Empfängern werden und Empfänger zu Sendern. Die Austauschbarkeit von Kommunikator und Rezipient ist eine tolle Sache.“ Es gelte aber, Grenzen zu beachten. Provider dürfen keine strafbaren Inhalte verbreiten. In ihren Aktivitäten wird die Düsseldorfer Behörde vom Publikum unterstützt, indem Benutzer Hass-Seiten melden. Gegen die Provider werden dann Sperrverfügungen erlassen. Oft führt das zu weiteren Hass-Seiten. Dazu Büssow: „Dann können wir Folgeverfügungen erlassen. Wichtig ist doch, dass Gesellschaft und Staat sagen: Wir tolerieren das nicht, wie kapitulieren nicht vor der Technik.“ Klagen gegen Büssow sind bisher abgewiesen, das Vorgehen der Behörde ist von mehreren Verwaltungsgerichten bestätigt worden. Das gelte auch für Sanktionen. „Wir können Bußgelder verhängen bis zur Höhe von 500 000 Euro.“

Der Sozialdemokrat Büssow wundert sich darüber, das bisher kein anderes Bundesland dem NRW-Beispiel gefolgt ist, obwohl es bereits seit dem vergangenen Jahr erfolgreich ist. „Es ist für mich auch in Unding, dass andere zuständige Stellen dies nicht wahrnehmen.“ Büssow setzt auf internationale Vereinbarungen. „Bei Kinderpornografie existiert ein internationales Abkommen, auch mit den USA. Vergehen werden von Strafverfolgungsbehörden verfolgt. Das gibt es jedoch nicht bei politischen Inhalten. Es ist eine Diskussion darüber in der EU-Kommission im Gange. Einige Europaabgeordnete haben uns in unserem Vorgehen bestätigt.“

Klagen darüber, es gebe keine rechtlichen Mittel gegen Nazipropaganda im Internet, stimmen mit der Wirklichkeit nicht überein. Das Regierungspräsidium in Düsseldorf zeigt nicht erst seit heute, dass man erfolgreich etwas gegen diese Feinde unserer Demokratie tun kann. An der notwendigen Entschlossenheit scheint es indes weitgehend zu fehlen. „Uns sind leider die Hände gebunden“ ist eine Ausrede. Es gibt Möglichkeiten. Vermutlich gerade deshalb hat der Bundespräsident Jürgen Büssow und dessen Mitstreiter gelobt, damit andere deren Vorbild folgen. *Heiner Lichtenstein*

Aktivitäten**Konspirative Truppe**

Die „Weissen Wölfe“ hängen allem Anschein nach eng mit der Neonazi-Band „Oidoxie“ zusammen.

Sie besingen das „wunderschöne Sauerland“, den „schönsten Fleck der Welt“. Volks- oder Schlagermusiker sind die fünf Männer freilich nicht. In Deutschland klettern sie nur höchst konspirativ auf die Bühne. Häufiger sind sie in den letzten Jahren im Ausland zu hören. Dennoch oder gerade deswegen: Die „Weissen Wölfe“, wie sich die Musiker nennen, haben sich in der Rechtsaußen-Szene einen Namen gemacht. Warum das so ist, wird spätestens klar, wenn man das vierte Stück auf ihrer Debüt-CD „Weisse Wut“ hört. Unterlegt mit „Sieg Heil“-Rufen werden dort „Ruhm und Ehre der Waffen-SS“ beschworen. In einem anderen Stück werden Polizisten bedroht: „Am Tag der Rache woll'n wir euch bluten seh'n!“ Die „Kinder arischer Werte“, wie sich die „Wölfe“ nennen, besingen Brandstiftung und Mord: „Und wenn wir uns finden beim Marsch durch das Land, dann brennt in jeder Stadt ein Asylantenheim ab.“ Zynischer Höhepunkt der CD ist das Stück „Unsere Antwort“. Linke und Juden wünschen sie darin ins „Arbeitslager“: „Ihr tut unsrer Ehre weh – unsre Antwort Zyklon B.“ Und: „Für unser Fest ist nichts zu teuer – 10 000 Juden für ein Freudenfeuer.“ In Internetforen der Neonazis wird gelobt: Die „Weissen Wölfe“ nähmen kein Blatt vor den Mund.

In den Auslagen von Neonaziläden in der Bundesrepublik wird man die CD vergebens suchen. Auch Versandhändler der Szene in Deutschland bieten die CD nicht an. Sie wissen warum: Seit Monaten ermittelt der Staatsschutz gegen die „Weissen Wölfe“. Die Debüt-CD enthält so ziemlich alles, was das Strafgesetzbuch an einschlägigen Paragrafen bereithält. Das fängt schon auf dem Cover an, das fünf Personen mit Pistolen und Baseballschlägern vor einer Fahne der verbotenen FAP zeigt.

Erschienen ist die CD bei dem dänischen Label „Celtic Moon“. Erhältlich ist sie auch bei US-amerikanischen Versändern, wo sie als „Radical illegal NS from Deutschland“ angepriesen wird. Zur Gruppe gehören nach BnR-Informationen unter anderem mindestens zwei Männer aus Arnsberg. Fotos von Auftritten der „Weissen Wölfe“ zeigen zudem zwei

Mitglieder der Dortmunder Neonaziband „Oidoxie“. Die teilweise Personalunion mit „Oidoxie“ erklärt wohl, warum beide Bands häufig bei den selben Konzerten auf der Bühne standen. Dies war schon im Oktober 1998 so, als die „Wölfe“ im heimischen Neheim-Hüsten eines ihrer ersten Konzerte gaben. Weitere Auftritte in Deutschland folgten. Im Juni und im September 2000 waren sie in Schweden zu Gast, unter anderem bei einem „Ian-Stuart-Memorial“. Ein weiteres Gedächtniskonzert für den B&H-Gründer fand im November 2000 in den West Midlands in England statt. Wieder mit dabei: die „Weissen Wölfe“. Die iberische Halbinsel kam im Frühjahr 2001 in den „Genuss“ ihres Auftritts: bei einem „Geburtstagskonzert“ für Adolf Hitler.

Im Sommer 2001 berichtete der NRW-Verfassungsschutz, dass zwei Bandmitglieder bereits im Zusammenhang mit der FAP wegen gefährlicher Körperverletzung und Volksverhetzung in Erscheinung getreten seien. Die Band habe seit ihrer Gründung an 15 Konzerten im In- und Ausland teilgenommen: „Bei mehreren Veranstaltungen kam es zu ‚Sieg Heil‘-Rufen und Propagandadelikten.“ Ins Visier des Verfassungsschutzes geraten zu sein, veranlasste die Rechtsrock-Musiker aber nicht dazu, von der Bildfläche zu verschwinden. Sie verlegten sich noch mehr auf Auftritte im Ausland. Im Dezember 2001 standen sie beispielsweise bei der „B&H“-Sektion Vlaanderen in Belgien auf der Bühne, Silvester 2001 in Dänemark und Ende August 2002 in den Niederlanden. Im Ausland kann man unbeschadet tun, was in Deutschland schwieriger wäre: Beim Auftritt der „berühmten Weissen Wölfe“, so hieß es in einem Konzertbericht aus Belgien glücklich, wurden die Arme kollektiv zum Hitler-Gruß nach oben gereckt.

Klar, dass eine solche Band sich um Konspirativität bemühen muss. Hinweise auf die Personalunion mit „Oidoxie“ wurden umgehend aus Internetforen gelöscht, die auf Konzertfotos zu erkennenden Gesichter auf Homepages unkenntlich gemacht. Auf dem CD-Cover sind die Akteure nur verumumt zu sehen. Möglicherweise kamen diese Verschleierversuche zu spät: Als der NRW-Vorsitzende der VVN, Josef Angenfort, vor wenigen Tagen eine Strafanzeige gegen die „Weissen Wölfe“ erstattete, nannte er drei mutmaßliche Bandmitglieder (Stjepan Jus als Sänger sowie Marko Gottschalk und Dennis Linsenbarth, die auch bei „Oidoxie“ aktiv sind) namentlich. Ob sie tatsächlich hinter der CD-Veröffentlichung stecken, werden die weiteren Ermittlungen zeigen. *Tomas Sager*

Aktivitäten**Hetzerische Agitation**

Schleswig-Holstein verbietet neonazistische Wählergemeinschaft in Lübeck. Rädelsführer sind auch in der NPD aktiv.

Die Namenswahl war selbst Christian Worch zu eindeutig. Der Hamburger Neonazichef befürchtete, dass die Lübecker Kameraden mit dem Namen ihrer Wählergemeinschaft „Bündnis nationaler Sozialisten“ juristische Probleme bekommen könnten. Keine unberechtigte Sorge: Am 7. März dieses Jahres hat das schleswig-holsteinische Innenministerium den Verein wegen „Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus“ verboten.

In den frühen Morgenstunden überreichten Beamte der Kieler Behörde den Vorstandsmitgliedern Jürgen Gerg und Jörn Lemke die Verbotsverfügung. Zeitgleich durchsuchten sie die Wohnungen der beiden Neonazis, die auch an führender Stelle in der NPD aktiv sind. „Wir beschlagnahmten Computer, Disketten, Plakate, Flugschriften und anderes Propagandamaterial“, erklärte Frank-Michael Buchorn, Leiter der Abteilung Staatsdelikte der Lübecker Kriminalpolizei. Bei Gerg sei das meiste Material gesichert worden. Nun gehen die Ermittler auch davon aus, dass die Wohnung des 27-Jährigen die inoffizielle Landespartezentrale der NPD ist.

Bereits im Januar hatte die Polizei Gergs Wohnung durchsucht. „Es besteht“, so betonte damals Georg Güntge von der Flensburger Staatsanwaltschaft, „der Anfangsverdacht eines Vergehens gegen Paragraph 86“. Im Programm des zur Kommunalwahl 2003 gegründeten Bündnis würden „Gedanken ganz deutlich an die nationalsozialistische Politik erinnern“, sagte Güntge. Der Verdacht gegen das Bündnis, das aus einem Streit mit dem Bündnis Rechts für Lübeck (BRL) um Dieter Kern hervorgegangen war, hat sich nun erhärtet. „Der Verein richtet sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung und den Gedanken der Völkerverständigung“, begründet Staatssekretär Ulrich Lorenz das Verbot und führt aus, dass im „Programm mehrere Stellen eine Sprache aufweisen, die dem nationalsozialistischen Sprachgebrauch wesensverwandt sind“. In „aggressiver-kämpferischer Weise“ würden das Demokratieprinzip und die Gedanken der Völkerverständigung angegriffen. So fordere das Bündnis im

Programm, dass „alle in Deutschland lebenden Menschen fremder Abstammung bei der Amtsübernahme einer nationalen und sozialistischen Regierung ihre deutsche Staatsbürgerschaft verlieren“ sollen, „ausländerfreie Klassen eingeführt werden“ müssten, das „Deutsche Reich in seinen geschichtlich gewachsenen Grenzen“ wiedervereinigt und eine „autoritäre Präsidialherrschaft als handlungsfähige Zentralgewalt“ eingeführt werden sollte. In der Präambel stellt das Bündnis als Selbstverständnis fest, dass es „gegen die drohende Gefahr der Überfremdung, Unterdrückung und Ausbeutung durch den Imperialismus raumfremder Großmächte und international agierender Interessengruppen kämpfen“ wolle. Die „Äußerungen der Wählergemeinschaft“, hebt Lorenz hervor, „sind nicht mehr als bloße Kritik zu sehen, sie stellen vielmehr eine systematische Propaganda dar, die von hetzerischer Agitation geprägt wird“.

Das Verbot nahmen Politiker der Hansestadt erleichtert auf. Unverständlich finden es jedoch einige Volksvertreter, dass die Wählergemeinschaft überhaupt zu der Kommunalwahl am 2. März zugelassen wurde, wo sie 0,8 Prozent der Stimmen für sich gewinnen konnten. „Eine Gruppierung dieses Namens“, betont Susanne Hilbrecht von den Grünen, „hätte gar nicht erst zugelassen werden dürfen“. Lienhard Böhning (SPD) nennt es „unglaublich, dass „das Verbot erst jetzt kommt“. Das Programm sei schließlich seit Monaten bekannt. „Wir wollten unsere Entscheidung auf möglichst breite Beine stellen“ erwidert Staatssekretär Lorenz. Schon Lübecks Bürgermeister Bernd Saxe (SPD) hatte als Vorsitzender des Gemeindevwahlausschusses erläutert, dass bei der Zulassung allein „formale Kriterien“ entscheidend seien. Das Verfahren der Innenbehörde findet Saxe auch „richtig“. Nur dass die Verwaltungsgerichte noch unlängst Aufmärsche der Rechten erlaubten, wäre für ihn nicht nachvollziehbar.

Gegen das Verbot haben die Betroffenen, dem Aktionsbüro Norddeutschland zufolge, rechtliche Schritte eingeleitet. Die „Verbotsmaßnahme muss als reine Willkürmaßnahme angesehen werden“, verkündet Lemke und das Aktionsbüro führt auch gleich den Streit mit Kern weiter: „Eine Steilvorlage für das Verbot dürften nicht zuletzt auch gewisse rechtsreaktionäre Kreise geliefert haben, die (...) mit böswilligen öffentlichen Begriffsverdrehungen ganz unnötig Wasser auf die Mühlen des Innenministers gegossen haben“. Diese Vorgänge wüsste man intern einzuordnen. *Andreas Speit*

Aktivitäten**Ernste Bedrohung**

In Nordhessen haben sich militante Neonazi-Strukturen entwickelt. Politische Gegner sollen eingeschüchtert werden.

Auch mehr als vier Wochen nach dem Mordanschlag auf einen 48-jährigen Geschichtslehrer aus Kassel ist noch nicht endgültig geklärt, wer hinter der Tat steckt. Fest steht nur eins: In den frühen Morgenstunden des 20. Februar war der Pädagoge nur knapp dem Tod entronnen. Aufmerksam geworden war der Mann durch einen explosionsartigen Knall kurz vor 6.00 Uhr. Unmittelbar darauf entdeckte er das Projektil, das mit großer Wucht durch das Kunststoffrollo und die Scheibe des Küchenfensters geflogen war. Das Metallstück, etwa so groß wie ein kleines Bonbon, war in einem Wandregal eingeschlagen. Die Bleikugel verfehlte den Kopf des Lehrers nur um wenige Zentimeter.

„Ich habe noch den Luftzug des Geschosses gespürt, meine Haare haben sich bewegt“; erklärte der Lehrer wenige Tage nach dem Vorfall einer nordhessischen Lokalzeitung. Experten von der Kriminalpolizei bestätigten nach einer Untersuchung des Tatortes, dass ein Mensch sofort tot ist, wenn ein Projektil, wie es die unbekannten Täter verwendet hatten, den Kopf trifft. Sie müssen sich auf einem privaten Fußweg aufgehalten haben, als sie das Fenster unter Beschuss nahmen. Die Polizei ermittelt nach eigenen Angaben weiterhin in alle Richtungen. Sehr ernst würden auch Vermutungen genommen, dass die Täter aus dem extrem rechten Milieu kommen.

Diesen Verdacht äußerte der betroffene Pädagoge schon kurz nach der Tat in regionalen Medien. „Ich habe den starken Verdacht, dass es eine politisch motivierte Tat ist.“ Dabei geht er nicht von einem gezielten Mordversuch aus. Er vermutet vielmehr, dass er eingeschüchtert werden sollte. Schließlich hat sich der Lehrer jahrelang in Bündnissen gegen Neonazismus und rechte Gewalt in Kassel und Umgebung engagiert. Auch antifaschistische Gruppen aus Kassel halten ein politisches Motiv für sehr plausibel. Am 7. März forderten mehr als 100 Menschen auf einer Demonstration durch die Kasseler Innenstadt zügige Ermittlungen gegen das rechte Milieu. Ein Sprecher der Antifagruppen befürchtete, dass der Anschlag ohne öf-

fentlichen Druck als unaufgeklärte Tat zu den Akten gelegt werden könnte.

Der Verdacht ist nicht unbegründet. Denn unbeachtet von der Öffentlichkeit gibt es im Kasseler Raum seit Jahren aktive Neonazistrukturen. Schon vor zwei Jahren schlug die Arbeitsgemeinschaft für Bildungsfragen der nordhessischen SPD (AfB) Alarm. In einer Erklärung heißt es: „Die AfB beobachtet mit tiefer Sorge, wie sich Nordhessen immer mehr zum Aufmarsch- und Rückzugsgebiet sowie zum Tagungsort von zum Teil gewaltbereiten Neonazis, Rechtsextremisten und deren Umfeld entwickelt.“ Als neonazistische Organisationen im Raum Kassel und Umgebung werden „Blood&Honour“ (Blut und Ehre) und Gau Kurhessen, die den Fuldaer Neonaziaufmarsch 1993 anmeldeten, genannt. Gute Kontakte hatten die Kasseler Rechten zur Sauerländer Aktionsfront entwickelt, die zu den militanten Teilen der Anti-Antifa-Strukturen zählt. Die haben es sich zur Aufgabe gemacht, politische Gegner auszuforschen und Menschen einzuschüchtern, die sich gegen Neonazis engagieren.

Ganz in diesem Sinne ist in Kassel seit mehreren Jahren der rechte Multifunktionär Bernd Tödter aktiv. Er gehörte zu den Mitbegründern der Kasseler Kameradschaft „Sturm 18“. Tödter war auch Betreiber einer inzwischen abgeschalteten Internetseite für die lokale Neonaziszene mit dem Namen „www.sturm18.de“. Dort fanden sich immer wieder Tipps und Aufrufe zu Anti-Antifa-Aktivitäten. Offen wurde die Ausspionierung der politischen Gegner propagiert und zum Sammeln von Informationen über bekannte Antifaschisten, Punks und andere für die Rechten unliebsame Personen aufgerufen. „Wichtige Informationen sind: ihre Treffpunkte, ihre Namen, Privatadressen, Fahrzeugtyp, Autokennzeichen, ihre politischen / kriminellen Aktivitäten“, hieß es unmissverständlich auf der Internetseite. Tödter war schon vor seinem Umzug nach Kassel in Bad Segeberg als Anti-Antifa-Aktivist bekannt und berüchtigt. Der Neonazi wurde im April 2002 in einer spektakulären SEK-Aktion kurzzeitig festgenommen.

Dass es nicht beim Ausspionieren bleibt, bekamen Personen, die sich gegen Neonazis engagierten, bereits zu spüren. So war der mittlerweile verstorbene Manfred B. aus Kassel immer wieder Morddrohungen von rechter Seite ausgesetzt. B. hatte sich einen besonderen Hass aus diesen Kreisen zugezogen, weil er einem ehemaligen Neonazi beim Ausstieg aus der Szene half. *Peter Nowak*

Aktivitäten**„Nationale“ Barden**

Rechtsextreme Liedermacher sind beliebt als kulturelles Rahmenprogramm bei Veranstaltungen.

Im Jahr 2002 stieg die Zahl durchgeführter rechtsextremer Skinhead-Konzerte auf rund 120 an (2001 waren es 80). Weniger geworden sind die rechtsextremen Liederabende mit 36 Veranstaltungen (2001: 47). Dies gab das Bundesministerium des Innern auf eine schriftliche Frage der PDS-Bundestagsabgeordneten Petra Pau bekannt.

Die Liederabende finden oftmals als „musikalisches Rahmenprogramm“ bei Saalveranstaltungen der Szene statt. Bekanntester rechter Liedermacher ist Frank Rennie aus Ehningen in Baden-Württemberg. Das NPD-Mitglied (Pseudonym „Barde Troubadix“) ist Vorbild von rund einem Dutzend extrem rechter Barden, die in den letzten Jahren durch die Bundesrepublik getingelt sind. Der Vater von fünf Kindern hat bislang ein Dutzend CDs veröffentlicht und an die 700 Auftritte hinter sich gebracht. 1987 veröffentlichte Rennie, damals Mitglied der zwischenzeitlich verbotenen Wiking-Jugend, seine erste Musikkassette mit dem Titel „An Deutschland“. In seinen Liedern vertritt Rennie offen fremdenfeindliche und rassistische Ansichten. Vom Stuttgarter Landgericht wurde Rennie im Oktober 2002 zu einer 17-monatigen Haftstrafe, ausgesetzt auf drei Jahre zur Bewährung verurteilt. Das Gericht sah es erwiesen an, dass Rennie mehr als 4000 CDs und Musikkassetten mit dem indizierten „Heimatvertriebenenlied“ verkauft hatte. Zudem wurde er für schuldig befunden, ein Pamphlet verbreitet zu haben, in dem der industriell betriebene Massenmord an Juden geleugnet wird. Rennie gilt im rechtsextremen Lager als Integrationsfigur und ist beim Nachwuchskin bis hin zum Altnazi beliebt. Er greift als Autor für die NPD-Zeitung „Deutsche Stimme“ zur Feder, schaltet Anzeigen in dem Blättchen „Nordische Zukunft“ der rassistischen Artgemeinschaft und ist als Teilnehmer von Demonstrationen immer wieder Ansprechpartner für die Szene.

Wie Rennie wurde auch der NPD-Kader Jörg Hänel (Frankfurt/Oder) mit dem „Schlesischen Kulturpreis der Jugend“ ausgezeichnet. Hänel, für den „die Einheit des Vaterlandes noch lange

nicht vollendet“ ist, tritt auch mit Lars Hellmich und Alexander Stebener unter dem Namen „Kulturrevolutionäre Offensive“ (KRO) auf. Am 10. Februar 2001 spielten die Musiker bei einem Benefiz-Liederabend zugunsten der HNG in Berlin-Wedding. Im Oktober 2002 stürmte die Polizei in Berlin die Geburtstagsfeier der Neonazi-Kombo „Landser“ in Berlin. Unter den mehr als 200 Gästen befand sich auch Jörg Hänel.

Andre Lüders aus Rostock sieht sich als „freier Nationalist im Kampf zur Erneuerung unseres Vaterlandes“. Beliebt in Neonazi-Kreisen ist sein Lied „frei, sozial und national“, eine Art Hymne der Szene. Aus der NPD ist er ausgetreten. Diese sei, so Lüders, „eben nur ein Teil des nationalen Widerstandes und nicht die Speerspitze desselben“.

Veit Kelterborn aus dem thüringischen Rudolstadt wurde 1999 wegen Volksverhetzung von der Berufungskammer des Landgerichts Nürnberg zu neun Monaten Haft auf Bewährung verurteilt. Er hatte im Juni 1997 in einer einschlägigen Kneipe in Nürnberg Lieder mit antisemitischem und ausländerfeindlichem Inhalt gesungen. Rechtsbeistand leistete ihm der frühere NPD-Bundesvize Hans Günter Eisenecker. Gerngesehen bei NPD/JN-Saalveranstaltungen ist auch Jens Brucherseifer (Gelsenkirchen) von der Szene-Band „Sturmwehr“.

Für die musikalische Untermalung bei Sonnenwendfeiern der norddeutschen DVU-Verbände sorgt seit Jahren Rene Heizer (Ingo Halberstadt), vormals Mitglied bei NPD und Jungen Nationaldemokraten, später zeitweilig bei den Republikanern. Der Ex-Bundestagskandidat der REP und „non-konforme Straßenmusiker“ Friedrich Baunack (Wüstefeld) findet sein Publikum unter anderem bei der Deutschland-Bewegung, der NPD und der ihr nahestehenden „Deutschen Akademie“.

Auch die Frauen sind vertreten: Swantje Swanhwits (Iris-Katrin Fischer; Hamburg) CD „Elfenzauber“ wird in einem Katalog der NPD angepriesen: „Swantje wird oft als weiblicher Rennie bezeichnet, dies wird ihr aber nicht gerecht. Mit ihrem melodisch, germanisch-mythischen Tonträger prägt die junge Sängerin ... einen ganz eigenen Stil, der zu begeistern weiß“. Still geworden ist es dagegen in den um die gebürtige Sächsin Annett Moeck, die noch im letzten Jahr von der rechtsextremen Zeitschrift „Freiheit Wattenscheid“ als „Komet am Musikhimmel der nationalen Jugendbewegung“ gefeiert wurde. *Anton Maegerle*

Aktivitäten**„Weltverschwörung“**

Horst Mahler will vor Gericht „beweisen“, dass die Anschläge vom 11. September das Werk des US-Geheimdiensts gewesen sein sollen.

Vor dem Landgericht Mainz findet, weitgehend unbeachtet, das Berufungsverfahren statt, bei dem die Staatsanwaltschaft acht Monate Haft für Horst Mahler fordert. Im vergangenen September hatte das Amtsgericht Mainz den NPD-Anwalt Mahler wegen Billigung der Anschläge vom 11. September zu einer Geldstrafe von 7200 Euro verurteilt, nachdem Mahler in einem Interview den Attentätern seine „Hochachtung“ ausgesprochen und sie als „opferbereite Krieger“ bezeichnet hatte. Sowohl Mahler wie die Staatsanwaltschaft legten Berufung gegen das Urteil ein.

Zu der überschaubaren Besucherzahl im jetzigen Verfahren zählen bisher diverse Besucher, die ihre politische Einstellung durch Anstecker mit der „Schwarzen Sonne“ oder dem Logo des Deutschen Kolle demonstrieren, Skinheads oder die NPD-Familie Zutt, die mit weiteren Parteigenossen anreist. Mit Mahler als Angeklagtem und seinem „Pflichtverteidiger“ Hans-Günther Eisenecker sitzen zugleich die Prozessbevollmächtigten der NPD im Karlsruher Verbotsverfahren „auf der Anklagebank“.

Im Prozess erklärte Mahler, er sei in dem Interview davon ausgegangen, dass es sich um die Handlungen einer „Widerstandsorganisation gegen eine Weltmacht“ gehandelt habe. Mittlerweile sei er aber zu der Überzeugung gekommen, dass der 11. September letztlich durch die US-Geheimdienste inszeniert worden sei, eine Billigung von Terroranschlägen könne ihm daher nicht vorgeworfen werden, argumentierte Mahler. In mehreren Beweisanträgen versuchte Mahler, seine Verschwörungstheorie zu belegen, darunter auch durch eine mehrstündige Präsentation mit über 100 Bildern aus dem „elektronischen Weltnetz“ und mit Aussagen aus einem „Untersuchungsbericht“. So sollen nach Mahlers Visionen das World Trade Center gesprengt und das Pentagon von einer Rakete zerstört worden sein, während die „angeblichen“ Attentäter noch nach dem 11. September Interviews gegeben hätten. Während der Staatsanwalt die Bilder mit der Frage kommentiert, ob Mahler sie selbst ins Netz

gestellt habe, zeigt sich die NPD-Funktionärin Doris Zutt in einer Prozesspause gegenüber Parteifreunden erstaunt: „Ich hätte nie gedacht, dass er so viele Beweise dafür hat.“

Mahlers „Beweise“ sind in einschlägigen Buchhandlungen erhältlich, wie zum Beispiel „Der 11. September – ein Untersuchungsbericht“ des Journalisten Christian Guthart. Ausdrücklich bezog sich Mahler in einem 27-seitigen Beweisantrag mit „kritischen Fragen“, die das deutsche Außenministerium dem amerikanischen Justizministerium stellen sollte, auf Guthart. Zusammengefasst war Gutharts Theorie bis vor kurzem unter der Domain „elfter-september.info“ abrufbar – neben den Bildern, wie sie auch Mahler verwendete, existierten zahlreiche verschwörungstheoretische Links sowie zur antisemitischen Website „Radio Islam“ des Holocaust-Leugners Ahmed Rahmi. Daneben war (schon vor dem Prozess) und ist im Internet auch nahezu die komplette Präsentation von Mahler abrufbar. Auf mehreren einschlägigen Seiten sind exakt die Bilder zu finden, die Mahler vor Gericht zeigte – mit der gleichen Beschriftung, denselben Markierungen und Kommentaren. Da es sich bei Mahlers Darstellung lediglich um ein Plagiat handelte, steht damit auch nicht zu erwarten, dass diese in der rechten Szene Verbreitung finden wird, zumal Horst Mahlers Auftritt dort nicht unumstritten ist. So kommentierte das Stoertebeker.net Mahlers Auftritte vor Gericht mit: „Schwer zu kommentieren. Uns ist ja bekannt, dass Mahler einen Hang zu gewissen Übertreibungen hat, aber hierzu sagen wir wohl besser nichts und überlassen das Urteil dem Leser. Man kann es mit der Weltverschwörung auch übertreiben.“

Rudolf Kleinschmidt

Am Rande

Rathenow – Das Flüchtlingsheim im brandenburgischen Rathenow wird nicht länger von der Firma Zarnikow bewacht (s. BnR 2/03). Wie berichtet, hatten sich insbesondere afrikanische Asylbewerber über das Verhalten der Zarnikow-Wachleute ihnen gegenüber beschwert. Die Wachfirma Zarnikow beschäftigt offiziellen Angaben zufolge immer wieder bekannte Rechtsextremisten aus dem vom Landesverfassungsschutz beobachteten Umfeld der „Kameradschaft Hauptvolk“. Ohne Nennung von Gründen übergab die AWO den Bewachungsauftrag an eine andere, in Rathenow bereits tätige Wachfirma, die zumindest in früheren Zeiten allerdings mit der Firma Zarnikow bei Bewachungsaufträgen schon kooperiert hat.

H.Lo.

Ausland**„Frischer Wind“****Neue Talkshow für Rechtsradikalen**

Der amerikanische Fernsehsender MSNBC, bis 2001 Onlinepartner des ZDF, hat seit dem 8. März einen waschechten Rechtsradikalen als Talkmaster. Das Programm: die wöchentliche „The Savage Nation“. Michael Savage hat seine Notorität als einer von unzähligen ultrarechten amerikanischen Radio-Talkmaster erlangt, weil er es immer wieder schaffte, noch üblere Beschimpfungen und Beleidigungen über den Äther zu schicken, als die meisten seiner Kollegen. So ließ Savage laut der Organisation „Fairness and Accuracy in Reporting“ (FAIR) 1999 einen Tag vor dem jüdischen Feiertag Yom Kippur Hitlerreden, mit deutscher Marschmusik unterlegt, abspielen. Obdachlose bezeichnete er als „lebende Ratten“, die vertrieben werden müssten. Chinesen titulierte der neue MSNBC-Talkmaster als „kleine Teufel“, auf deren Land man Atombomben werfen sollte. In einer Diskussion über den staatlichen Einsatz der Medien im Zweiten Weltkrieg erklärte Savage: „Wir brauchen zur Zeit rassistische Vorurteile über unsere Feinde, damit wir unsere Krieger ermutigen, den Feind zu töten“.

Unterdessen gab der Sender MSNBC – dessen Eigentümer Microsoft und General Electric/NBC sind – eine Stellungnahme ab: „Dadurch, dass wir unseren Zuschauern eine große Bandbreite von starken, polarisierenden Stimmen anbieten, unterstreicht MSNBC seine Verpflichtung, sicherzustellen, dass sein Programm keine Einzelmeinungen bevorzugt. Wir ermutigen Diskussionen und weder erwarten, noch wollen wir, dass unsere Zuschauer mit allem auf unserem Sender einverstanden sind“. Zur gleichen Zeit von Savages Verpflichtung wurde dem Talkshow-Veteranen Phil Donahue der Stuhl vor die Tür gesetzt – speziell aus dem Grund, weil ein „müder alter Liberaler“ und erklärter Bush-Kritiker in Zeiten des Krieges nicht das Gesicht sei, das MSNBC hohe Einschaltquoten bringe. Donahue muss sich sogar den Vorwurf gefallen lassen „unpatriotisch“ zu sein. Diesen Vorwurf macht Michael Savage niemand, der unterdessen laut „Boston Globe“ fordert, im Falle eines Krieges die Führer der Anti-Kriegs Demonstrationen verhaften zu lassen. Rupert Murdochs „New York Post“ wiederum bewertet Savage und seine Show als eine „Brise frischen Windes“.

Thomas Grumke

Ausland**Neue Lebenszeichen****Rechtsextreme PNOS will an den Schweizer Nationalratswahlen teilnehmen.**

Monatelang ließ die rechtsextreme Partei National Orientierter Schweizer (PNOS) nichts mehr von sich hören: der Internet-Auftritt wurde nicht mehr betreut, ebensowenig erschien die Parteizeitschrift „Zeitgeist“, keine Parteiveranstaltungen wurden mehr angekündigt. Nur im Kanton Basel-Land ließen PNOS-Verantwortliche eine Listennummer für die Landratswahlen reservieren, doch verzichteten sie dann auf die Teilnahme an den Wahlen.

Seit Mitte März meldet sich die Partei nun wieder zurück. Auf ihrer erneuerten Internet-Site kündigen sie für Ende März die „Vorstellung PNOS Stützpunkt Aarau“ an. Interessenten können „kurz vorher“ weitere Informationen über eine Natelnummer erhalten. Auch lässt die PNOS verlauten, dass sie „voraussichtlich in den Kantonen Aargau, Basel-Stadt und Bern mit eigenen Kandidaten“ an den Nationalratswahlen im Herbst teilnehmen werde.

Wieviele Aktivisten die Parteiarbeit zur Zeit tragen, ist noch unklar. Im Vorstand sitzen nur noch die beiden PNOS-Mitbegründer Sascha Kunz und Jonas Gysin, sowie als Kassiererin Tanja Kunz. Nicht mehr im Vorstand sind damit der Anthroposoph Hans Krattiger und der Holocaust-Leugner Bernhard Schaub. Zumindest Schaub, seit neuestem in Kreuzlingen wohnhaft, bleibt weiterhin aktiv: Vor kurzem trat er an einer Demonstration gegen Kinderschänder in Solothurn als Redner auf. Wie in Deutschland, versuchen Neonazis auch in der Schweiz, mit der politischen Bearbeitung dieses Themas gesellschaftliche Akzeptanz zu erreichen. Das PNOS-Parteiprogramm ist eindeutig rassistisch und verlangt unter anderem die „zügige Rückführung kulturfremder Ausländer in ihre Heimat“ und der erste Programmpunkt („Staatsangehöriger kann nur sein und werden, wer der eigenen oder einer verwandten Volksgruppe angehört“) lehnt sich direkt an nationalsozialistische Vorstellungen an. PNOS-Präsident Kunz will das einschlägige Gedankengut auch mittels Tonträger verbreiten. Seit einigen Wochen ist er mit seinem Plattenversand Sleipnir-Records aktiv, erreichbar per Internet oder auch über eine Postfach-Adresse an seinem Wohnort Hölstein/Kanton Basel-Land.

Hans Stutz

Hintergrund

Der dritte Schritt

Der Vatikan und seine Archivpolitik

Der 15. Februar 2002 wird vielleicht in die Geschichte eingehen. An jenem Tag kündigte der Vatikan an, in einem Jahr werde er seine Archive über das Pontifikat Pius XI. (1922 – 1939) öffnen. Es ist nicht bei der Ankündigung geblieben. Mitte Februar wurde aus der Ankündigung Wirklichkeit. Seitdem stehen etwa 100 bis 150 Schachteln mit jeweils 200 bis 300 Blättern der Forschung offen. Vor großen Hoffnungen, nun endlich die Vatikan-Politik während der Nazizeit erforschen zu können, sei allerdings gewarnt. Obwohl die Akten Protokollnummern haben, kann es Lücken geben. Aus dem Vatikan verlautete vorsorglich, in der Berliner Nuntiatur sei während des Krieges vieles bei Bombenangriffen verbrannt. Das kann zutreffen. Schließlich hatte Nuntius Eugenio Pacelli – der spätere Papst Pius XII. – seinen Amtssitz in Berlin.

Hier wäre, wie der katholische Münsteraner Theologe Professor Hubert Wolf einer Zeitung sagte, interessant zu erfahren, was Pacelli dem Papst zum Beispiel über die Reichspogromnacht vom November 1938 gemeldet und wie dieser reagiert hat. Außerdem, so Wolf, handele es sich jetzt nur um die politischen Akten des deutschen Bereichs. „Wie es zum lehramtlichen Verbot von Rosenbergs Mythos des 20. Jahrhundert kam, können Sie aus den jetzt zugänglichen Akten nicht erheben.“

Der Zeithistoriker Professor Wolfgang Schieder stellte fest: „Sein Schweigen gegenüber dem Holocaust braucht nicht mehr nachgewiesen zu werden. Auch die Gründe dafür, so unverständlich sie uns heute sein mögen, sind bekannt. Und die Hoffnung, bei Pius XII. etwa doch noch eine antisemitische Äußerung zu finden, ist abwegig. Dieser eigenartige Papst war gewiss nicht jüdenfeindlich eingestellt, im Unterschied zu Pius XI. übrigens, der 'Juden' und 'Bolschewiken' schon einmal gern in einem Atemzug nannte.“

Außerdem öffnete der Vatikan nicht zum ersten Mal seine Dokumente über jene Zeit. Nachdem Rolf Hochhuth 1963 mit seinem Theaterstück „Der Stellvertreter“ die Diskussion über die Rolle der katholischen Kirche während des Holocaust eröffnet hatte, geriet Rom unter so starken Druck, dass

kurz darauf vier Jesuiten mit dem Studium der Akten begannen. Sie veröffentlichten zwischen 1965 und 1981 elf Bände Akten. Diese Publikation war freilich völlig einseitig und unvollständig. So fehlte der Wortlaut des berühmten Memorandums vom 18. März 1942 von Gerhart M. Riegner, dem Vertreter des Jüdischen Weltkongresses in Genf, an den Nuntius in Bern mit Berichten über den Beginn des Völkermordes in Polen. Etwa zehn Jahre später durften katholische und jüdische Fachleute Dokumente studieren. Da ihnen vieles verschlossen blieb, brachen sie nach kurzer Zeit ihre Arbeit ab. Nun handelt es sich also um den dritten Schritt. Dabei ist zu bedenken, dass Deutschland keineswegs der Brennpunkt vatikanischer Politik war – leider. Der Papst interessierte sich mehr für seine unmittelbare Umgebung und katholische Staaten: Der Faschismus in Italien, in Spanien, in Portugal. Schieder lenkt den Blick auf diesen Aspekt päpstlicher Politik. „Gerne wüsste man auch, ob die vehemente Unterstützung des faschistischen Imperialismus durch die katholischen Bischöfe und Priester Italiens im Äthiopienkrieg von 1935/36 und im spanischen Bürgerkrieg 1936-1939 von der Kurie selbst inszeniert worden ist.“

Für die Politik jener Zeit gegenüber dem „Dritten Reich“ aufschlussreich ist es auch, wie Rom die katholischen Partner der Nazis beurteilt hat. Über den Austrofaschismus in Österreich, die Massenmörder im faschistischen Ustascha-Kroatien und ihre Kollegen Massenmörder in der Slowakei unter dem katholischen Priester Jozef Tiso ist wenig bekannt. Das gilt gleichermaßen für die Zeit danach. Hat der Vatikan sich um die Mörder gekümmert, ihnen zur Flucht verholfen, wie Bischof Alois Hudal im Vatikan Deutschen wie Eichmann, Mengele, Stangl und vielen anderen die Flucht in ferne Kontinente möglich gemacht hat?

In Yad Vashem in Jerusalem, dem Ort des Gedennisses und der Forschung in Israel, gibt es zwar viele Berichte über die Morde an Juden in diesen Staaten. Was fehlt, das sind offizielle Dokumente des Vatikan. Im Gespräch mit der „Jüdischen Allgemeinen“ wies der Vorsitzende des Direktoriums von Yad Vashem, Avner Shalew, auf kaum bekannte Einschränkungen hin. Er habe einen „Vorbehalt, denn der Vatikan macht nicht die Originalakten zugänglich, sondern das, was von seinen Archiven bereits überarbeitet wurde. Das gibt natürlich Anlass zu der Vermutung, dass vielleicht einige der Briefe oder Dokumente der Akten entfernt wurden.“

Heiner Lichtenstein

Demokratische Initiativen**Unerwünschte Steine****CDU und Schill-Partei haben Probleme mit Gedenktafeln für Nazi-Opfer.**

Seit einem Jahrzehnt verlegt der Hamburger Künstler Gunter Demnig bundesweit so genannte Stolpersteine vor ehemaligen Häusern von Deportierten. In Städten wie Berlin, Leverkusen, Freiburg erinnern heute rund 2300 auf den Steinen befestigte Messingplatten an Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Auf einer Fläche von zehn mal zehn Zentimeter sind Namen, Geburtsdaten und Schicksal („ermordet in Auschwitz“) eingraviert. Auch in Hamburg erinnern mittlerweile knapp 250 Stolpersteine an ermordete Juden, Sinti und Roma sowie Euthanasieopfer – nur im Bezirk Bergedorf nicht, wo sich mit Neuengamme das größte Konzentrationslager Norddeutschlands befand.

Zunächst wehrten sich CDU und Schill-Partei generell gegen die Tafeln. Die Koalition führte fadenscheinige Argumente ins Feld: Die Form der Erinnerung sei unwürdig, weil erneut „auf den Opfern rumgetrampelt“ werde. Der Schill-Bürgerschaftsabgeordnete Frank-Michael Bauer kolporierte via Medien, dass er die Aktion des angesehenen Künstlers für „eine clevere Geschäftsidee“ halte, mit der sich Emnig „bereichern“ wolle. Mit seinen Verunglimpfungen entfachte der Bergedorfer Schill-Fraktionschef einen Proteststurm. „Vor wenigen Jahren war Bergedorf als Aufmarschgebiet von Rechtsextremisten aus ganz Deutschland in die Schlagzeilen gekommen. Viele Menschen haben hart gearbeitet, um das Image unseres Bezirkes wieder aufzupolieren“, erinnerte SPD-Kreisvorsitzender Thies Rabe. Das Taktieren der CDU/Schill-Koalition drohe diesen Erfolg zunichte zu machen.

Worte, die offenkundig bei Bürgermeister Ole von Beust (CDU) auf Gehör stießen. Der Rathauschef bezeichnete das Stolperstein-Projekt als „beispielgebend“. Daraufhin schlug die Bergedorfer CDU vor, die Tafeln an Hauseingängen anzubringen. Das sei aber, sagen die Kritiker, keine Alternative. Denn so könne nur mit Zustimmung des Hauseigentümers an die NS-Opfer erinnert werden. Die werde oftmals nicht gegeben, weiß Demnig aus Erfahrung: Ein Kölner Rechtsanwalt hatte ihn verklagt, weil der Wert seiner Immobilie wegen der Stolpersteine angeblich falle. *Volker Stahl*

Demokratische Initiativen**Polizei gegen rechts**

Sensibilisierung und Aufklärung über das Phänomen „Rechtsextremismus“ ist das Ziel einer „modularen Vortragsreihe“, die vom Staatsschutz des Hagerer Polizeipräsidiums entwickelt wurde. In verschiedenen Modulen werden Informationen und Erkenntnisse über Strukturen, Aktionsfelder, Propagandamedien und Erkennungsmerkmale von rechtsextremistischen Gruppierungen und ihrer Szene dargestellt.

Die Zielgruppen dieser Vortragsreihe sind Schülerinnen und Schüler ab dem 14. Lebensjahr und alle weiteren Altersgruppen. Insbesondere richtet sich die Vortragsreihe aber auch an Lehrer, pädagogische Mitarbeiter, Sozialarbeiter in Jugendeinrichtungen und an Eltern.

Nach Ansicht der Hagerer Polizei gibt es in ihrer Stadt zwar keine festgefügte rechtsextremistische Szene, gleichwohl war die Stadt immer wieder Austragungsort von Neonazi-Demonstrationen wie zum Beispiel am 10. Februar 2001, als rund 300 Neonazis, geschützt von 2500 Polizisten, nach Meinung von Augenzeugen nahezu ungehindert durch Hagen marschieren konnten. *H. Lorscheid*
Wer sich für die Vortragsreihe interessiert, kann sich an Kriminaloberkommissar Kuhn, Staatsschutz Hagen, Tel.: 02331/986-2981 oder -2970, wenden.

Hinweis

Berlin – In der Reihe „Lebenszeugnisse“ spricht Wolfgang Benz, Leiter des Zentrums für Antisemitismusforschung an der TU Berlin, mit der Autorin Marion Neiss über „Zeugnisse ostjüdischer Emigranten in Berlin – Jiddische Zeitschriftenproduktion im Berlin der Weimarer Republik“. Während des Ersten Weltkriegs und vor allem zu Beginn der Weimarer Republik emigrierten Tausende Juden aus Osteuropa nach Deutschland. Für wenige Jahre, von 1919 bis 1936, war das so genannte Scheunenviertel in Berlin Treffpunkt jiddischsprachiger Intellektueller. Etwa 230 Bücher in jiddischer Sprache wurden verlegt und bis 1932 erschienen mindestens 31 jiddischsprachige Periodika. Marion Neiss hat 20 solcher Publikationen untersucht.

Donnerstag, 27. März, 20.00 Uhr im Literaturforum im Brecht-Haus, 10115 Berlin-Mitte, Chausseestraße 125.

Bücherschau

Gegensteuern

Ein fundierter und informativer Einblick in die rechtsextreme jugendkulturelle Szene.

Es ist wohl mehr als bedauerlich, dass eine allseits anerkannte Einrichtung wie der Verein „Miteinander e.V. – Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt“ seine Arbeit aus Geldmangel einstellen muss. Neben vielem anderen bedeutet das zu erwartende Ende von „Miteinander“ auch, dass ein wichtiger Bereich an Aufklärung künftig unterbleibt. Aufklärung etwa wie der Band „Rechtsextreme Jugendkultur und Gewalt – Eine Herausforderung für die pädagogische Praxis“ sie leistet.

Wer geht heutzutage noch so grundlegend an ein Thema heran, über das doch „alle irgendwie“ Bescheid wissen? Der Verfasser Michael Kohlstruck, seit 2002 Leiter der Arbeitsstelle Jugendgewalt und Rechtsextremismus am Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin, gibt dem Leser erst einmal Werkzeug an die Hand, das das Verständnis des Bandes ungemein erleichtert. Denn, so Kohlstruck, es gehe viel durcheinander im Umgang mit dem Terminus „Rechtsextremismus“. Zudem würden in vielen Medien oft „Rechtsextremismus“, „Ausländerfeindlichkeit“ und „Rassismus“ synonym verwendet.

„Ausländerfeindlichkeit“, so schreibt Kohlstruck, „hebt auf den Rechtsstatus von Migranten ab und stellt die Gewalttätigkeit in den Kontext der Zuwanderung. Mit dem Rechtsextremismusbegriff wird das Feld politisiert. (...) Der Rassismusbegriff schließlich verweist auf Einstellungen, die von einer Hierarchie der Völker und überdies von einer prinzipiellen Unvereinbarkeit der unterschiedlichen Ethnien und Kulturen ausgehen.“

Dementsprechend gründlich wird im einführenden Kapitel „Was heißt ‚rechtsextrem‘?“ zunächst ein Definitionsrahmen gesteckt, der das anschließende Sortieren konkreter Ereignisse erleichtert. Denn konkret wird Kohlstruck: Er gibt – zumeist anhand des Beispiel-Bundeslandes Sachsen-Anhalt – Wahlverhalten, verbreitete Einstellungen, Straf- und Gewalttaten wider – und zwar sowohl statistisch wie auch beschreibend. Als gewissermaßen „typischen

Fall“ schildert der Autor den Mord an dem Mosambikaner Alberto Adriano in Dessau im Juni 2000. Dieser Fall zeige exemplarisch, so Kohlstruck, „wie aus der Verwurzelung in der rechtsextremen Jugendkultur, durch ausländerfeindliche Haltungen und reine Zufälligkeiten drei Jugendliche zu Mördern werden können“. So zufällig die Begegnung Adrianos mit seinen späteren Peinigern und Mördern im Dessauer Stadtpark war, so vorhersehbar erscheint auch im Nachhinein die Reaktion manch’ „ordentlicher“ Bürger, die während des Prozesses gegen die drei jugendlichen Mörder die Witwe Alberto Adrianos mit Anrufen und Briefen terrorisierten.

Kohlstruck zeigt mit diesem und mit anderen Beispielen, dass „fremdenfeindliche Gewalttätigkeiten (...) das Ergebnis einer Konstellation von mehreren Bedingungen (sind) und sich nicht linear auf eine einzige Ursache zurückführen“ ließen. Und so könnten auch ganz verschiedene Personengruppen zu Opfern werden: Asylbewerber ebenso wie Angehörige anderer Jugendkulturen wie auch generell Menschen, von denen wenig Gegenwehr zu erwarten sei.

Daneben eignet sich der Band auch als Nachschlagewerk, insbesondere der Teil „Rechtsextreme Jugendkultur“, der mit Abbildungen und Erläuterungen rechtsextreme Symbole, Kennzeichen, Abkürzungen, Musik, Fanzines und Medien vorstellt. In diesem Zusammenhang schildert der Autor darüber hinaus die spezielle Funktion von Feindbildern in der rechtsextremen Jugendkultur: „In den Fanzines und den Hassliedern dokumentiert sich die Entwertungsstrategie als Dehumanisierung und Depersonalisierung der Feindgruppen“, schreibt er.

So erhält vor allem der in Jugend- oder Sozialarbeit Tätige mit diesem 182 Seiten umfassenden Buch einen ausgezeichneten und informativen Einblick in diese jugendkulturelle Szene und findet möglicherweise Ansatzpunkte, in einem Frühstadium „rechten“ Haltungen entgegenzusteuern – solange sie noch nicht zu einem gefestigten politischen Weltbild geronnen sind. *Gudrun Giese*

Miteinander e.V. – Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt und Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin (Hrsg.), Rechtsextreme Jugendkultur und Gewalt: Eine Herausforderung für die pädagogische Praxis, Metropol Verlag, Berlin, 2002, 182 Seiten, 14,- EUR.

Bücherschau**Bauliches Erbe**

Ein Bildband dokumentiert die nationalsozialistische Vergangenheit in Berlin.

Trotz schwerster Kriegszerstörungen in Berlin-Mitte, wo die Machtzentren des NS-Regimes angesiedelt waren, trotz einer Schlussstrich- und Abräummentalität, der in beiden Teilen Berlins auch nach 1945 noch zahllose Gebäude zum Opfer fielen, sind die baulichen Spuren der NS-Zeit im heutigen Stadtbild unübersehbar. Die Auseinandersetzung mit diesem historischen Erbe wurde allerdings lange versäumt. Sie begann im Grunde erst Anfang der 80er Jahre, als die dann nicht mehr abreißen- de Kette von Gedenktagen im Abstand von 50 Jahren zur Machtergreifung und ihren Folgen zu ständiger Erinnerung zwang. Ein Ergebnis der damaligen Diskussion ist die Auseinandersetzung um das Prinz-Albrecht-Gelände, das schließlich zu dem Projekt „Topographie des Terrors“ führte, ein anderes die Gründung des „Förderkreises zur Errichtung eines Denkmals für die ermordeten Juden Europas, das seit dem Beschluss des Deutschen Bundestages vom 25. Juni 1999 zusammen mit einem „Ort der Information“ realisiert wird.

Neu belebt wurde die Auseinandersetzung mit dem baulichen Erbe durch den Hauptstadtbeschluss vom 20. Juni 1991. Der Beschluss des Haushaltsausschusses, die Kosten für den gesamten Regierungsumzug auf 20 Milliarden Mark zu beschränken zwang zur Nutzung der ja überreichlich vorhandenen, „historisch kontaminierten“ Altbauten – und damit auch zur Konfrontation mit deren Vergangenheit, der man zuvor lieber aus dem Weg gegangen war. Leitendes Prinzip wurde jetzt: Die gebaute Geschichte darf nicht verdrängt werden, die verschiedenen historischen Schichten dieser Gebäude müssen freigelegt, bewahrt und für die neuen, demokratisch legitimierten Institutionen nutzbar gemacht werden – das Gebäude ist ein authentischer Ort, es ist kein Museum, das ja immer Distanz wahrt und gewährt.

Doch wer die Spuren der NS-Geschichte an diesen Gebäuden oder den einstigen Schauplätzen ablesen will, braucht Kenntnisse. Diese liefert ein großformatiger Bildband, der – folgt man der museumspädagogischen Unterscheidung, die Volker Dahm in seinem Vorwort zum Text- und Bildband

zur ständigen Ausstellung auf dem Obersalzberg vornimmt – Täter- und Opferorte vorstellt. Es sind insgesamt 38. Um wenigstens einige zu nennen: Haus der Wannseekonferenz, die Machtzentralen von SS und Gestapo auf dem Prinz-Albrecht-Gelände, Volksgerechtshof und Kroll-Oper, Sitz des Oberkommandos der Wehrmacht, Sportpalast, die Reichsministerien für Luftfahrt, Verkehr, Volksaufklärung und Propaganda und Inneres, die Neue Reichskanzlei, die Redaktionen der NS-Presse; aber auch ein SA-Sturmlokal und der UFA-Palast am Zoo, wo Filme von Leni Riefenstahl und Veit Harlan uraufgeführt wurden. Auf der anderen Seite finden wir die Konzentrationslager Oranienburg, Sachsenhausen, das berühmte Columbia-Haus, die Synagogen Fasanen- und Levetzowstraße, das Jüdische Altenheim Große Hamburger Straße, das Zuchthaus Plötzensee und das Gerichtsgefängnis Köpenick, die Stätte der „Köpenicker Blutwoche“.

In knappen, aber ausreichenden Texten wird jeweils die Geschichte des Gebäudes vorgestellt. Quellentexte und Fotos verdeutlichen, was darin geschah, historische und aktuelle Aufnahmen demonstrieren Vergangenheit und Gegenwart von Bauwerk und Umfeld, zwei Ausschnitte aus dem Stadtplan geben zusätzlich Einblick in die topographische Lage einst und jetzt. Dass die Aufnahmen aus der Gegenwart nach Möglichkeit den Bau aus dem selben Blickwinkel vorstellen, in dem das frühere Foto aufgenommen wurde, wird jeder besonders schätzen, der schon versucht hat, Fotos, die aus unterschiedlicher Perspektive aufgenommen wurden, miteinander zu vergleichen.

Ein gelungener und sehr nützlicher Band also. Hilfreich wäre aber noch ein Hinweis auf die Diskussion über den kritischen Umgang mit der Vergangenheit von Regierungsgebäuden wie dem jetzigen Bundesfinanzministerium und dem Auswärtigen Amt gewesen.

Theo Meier-Ewert

Spuren des Terrors. Stätten nationalsozialistischer Gewaltherrschaft in Berlin, Mit einem Geleitwort von Paul Spiegel und einem Essay von Wolfgang Benz, herausgegeben von Markus Sebastian Braun, deutsch-englisch, Verlagshaus Braun Berlin 2002, 108 Seiten, 29.80 Euro.

Die tödliche Utopie, Bilder, Texte, Dokumente, Daten zum Dritten Reich, hrsg. von Horst Möller, Volker Dahm und Herbert Mehringer, Mitarbeit von Albert A. Feiber, 4. Auflage, März 2002, 597 Seiten, 16.80 Euro. Bezug: Institut für Zeitgeschichte, Leonrodstraße 46b, 80636 München; Tel. 089/126880, Fax -/1231727, E-mail: katalog@obersalzberg.de; www.obersalzberg.de

Zeitschriftenschau**Periodika der extremen Rechten****„Junge Freiheit“ (JF), 18. Jg., Nr. 9-12/2003:**

„Aufstand der Vasallen“ titelt die JF, bei den Deutschen sei „eine Form von inzwischen fast subkutan verankerter Unterwerfungssucht gegenüber den USA“ festzustellen, behauptet Alexander Griesebach. Es müsse heute darum gehen, „dem globalen Anspruch der USA Widerstand entgegenzusetzen“, so der JF-Autor. Aber Hans-Helmuth Knüttler zufolge ist ohnehin nur der souverän, der über Atomwaffen verfügt, Deutschland sei mit seinen „70 000 Mann ‘Schutz’truppen“ lediglich ein „Satellit der USA“. Dieter Stein fordert, die „Entmilitarisierung Deutschlands, die Zerschlagung und Herunterwirtschaftung der Bundeswehr und der deutschen Rüstungsindustrie“ zu stoppen, um „politisch erwachsen werden“ zu können. Breit ausgewalzt wird die Gegnerschaft zum Engagement gegen Rechts: Im „Kampf gegen Rechts“ hätten „die Kündler der liberalen Zivilgesellschaft ... ihre Fortschrittsdemagogie mit traditioneller Obrigkeitstaatslichkeit vermischt“, die Bürger sollten „durch Tabuisierung und Einschüchterung“ an politischer Einflussnahme gehindert werden, hetzt Doris Neujahr. Die Gefahr des Linksextremismus würde von den Verantwortlichen in der Regierung noch immer ausgeblendet, moniert Manuel Ochsenreiter. Einem Verein wie „Miteinander e.V.“ in Sachsen-Anhalt müsste die staatliche Finanzierung völlig gestrichen werden, verlangt er. Laut Claus Wolfschlag steckten aber die „antikapitalistischen Antifaschisten mit den Kapitalisten unter einer Decke“ „Antifaschismus“, verbunden mit der „Ausgrenzung konservativer Positionen aus dem öffentlichen Diskurs“, gehöre heute „zum festen Bestandteil der politischen Kultur in der Bundesrepublik“. „Alarmierend“ sei es, dass „rechte Bürger“ an ihrem Demonstrationsrecht gehindert würden, lamentiert Ochsenreiter. Angeprangert wird Bundespräsident Johannes Rau, der der „Verbreitung ‘rechtsextremer Propaganda’ im Internet einen Riegel verschieben“ wolle, sich aber nicht zu links-extremistischen Seiten äußerte. Peter Freitag beklagt in der Zuwanderungsfrage das Fehlen eines „rechten Korrektivs“ in der deutschen Parteienlandschaft. Durch das Öffnen von Schleußen würde die Gesellschaft verändert. Traditionell bürgerliche Milieus wie der kleingewerbliche Mittelstand sollten gar zerstört, an seine Stelle „multikulturelle Gewerbebehöfe“ treten, warnt Paul Rosen. (gn)

„Nation&Europa“ (NE), 53. Jg., Heft 3/2003:

Zentrale Themen sind – vor dem Hintergrund der Weltthemen – der Irakkrieg und das deutsch-amerikanische Verhältnis, was unter den Schlagzeilen „Die Kolonie muß sich emanzipieren“ (Alfred Mechttersheimer), „USA demaskieren sich“ (Karl Richter) und unter anderem im Editorial von Harald Neubauer abgehandelt wird. Dabei zieht man den Vergleich zur Situation nach dem Ersten Weltkrieg. Die geplante EU- und NATO-Osterweiterung wird als der Versuch der Einkreisung Deutschlands durch Freunde interpretiert, von dem sich seinerzeit Deutschland durch den Rapallovertrag befreit habe. In der „deutsch-russischen Achse“ (die Liebe zur Achse verblüfft) mit Frankreich und China gegen die US-Politik zum Krieg gegen den Irak sieht man den Versuch, eine eigenständige Politik gegen die USA zu entwickeln. Einbezogen wird darin die These des französischen Historikers Emmanuel Todd, der das Ende des US-Imperiums voraussagt. Für Mechttersheimer („koloniale Abhängigkeit“) ist es der größte Sieg der Terroristen des 11. September, dass sie damit durch die Reaktion der USA einen „weltweiten Antiamerikanismus“ ausgelöst hätten. Dass er (Mechttersheimer) den (wachsenden?) Antisemitismus als die Rückseite der Medaille und „Schritt zur Normalität“ interpretiert, macht eine mentale, zwanghafte Einführung deutlich, die er dann noch auswalzt. Franz Schönhuber beklagt eine uneinheitliche Linie der europäischen Rechten – Front National, Vlaams Blok, Jörg Haider, Gianfranco Fini – in der Irakfrage. Nun endlich erfahren wir von ihm, dass er über „Antikriegsartikel in rechten Publikationen“ Gerhard Schröder die entscheidenden 6000 Stimmen für seinen Wahlsieg zugeführt habe. Danke, Franz. Aber er will sich sogar mit dem Teufel verbünden, um den Bush-Kriegern das Handwerk zu legen. Eher naiv wirkt das Interview von Neubauer mit Le Pen, bei dem er sich auf die Rolle des Stichwortgebers beschränkt. Standardthema ist die angebliche Ausbeutung durch Ausländer und Zuwanderer. Fritz Stenzel zerbricht sich angesichts der Herausgabe einer Sondermarke der Post für den Hitler-Attentäter Georg Elser den Kopf („Wann darf man Bomben legen?“) über den Tyrannenmord und seine Statthaftigkeit. So sei George Bush „für Attentate auf Spitzenpolitiker zu begeistern“, Israel wolle da nicht nachstehen. Dass sich Elzers Tat gegen Hitler richtete, wird allenfalls über die Erwägung Stenzels deutlich, Hitler sei damals nicht als Tyrann empfunden worden, habe doch Kardinal Faulhaber damals dem Diktator Glückwünsche zu dessen glücklicher Rettung übermittelt. (khr)

Meldungen**Inland**

■ **Bad Sulza** – Unter der Schirmherrschaft des gemeinnützigen und besonders förderungswürdigen Vereins Gemeinschaft zur Erhaltung der Burgen will der rechtsextreme Armanen-Orden (AO) vom 22. bis 24. März sein diesjähriges „OSTARA-THING“ in der Schloss-Jugendherberge in Bad Sulza veranstalten. Mehrfach konnte der Armanenorden in den letzten Jahren seinen neuheidnischen Hokusfokus ungehindert in Jugendherbergen in Thüringen zelebrieren. Erwartet werden beim „OSTARA-THING“ 59 Teilnehmer aus der gesamten Bundesrepublik. Gern gesehen sind dabei Besucher in Stammes-trachten, altgermanischer, keltischer oder venedischer Kleidung. Höhepunkte des Treffens sind die „Große Weihefeier der Frühlingsgöttin OSTARA“ und die „Godenweihe“.

■ **Bautzen** – Eine Protestkundgebung gegen die EU-Osterweiterung führte am 1. März die „bundesweite Aktion Junge Deutsche“ (JD), die von der von oppositionellen JN/NPD-Kadern gegründeten Bewegung Deutsche Volksgemeinschaft (BDVG) getragen wird, durch. Unter dem Motto „Die Lausitz bleibt deutsch!“ bekundeten die aus Ostsachsen und der Lausitz angereisten Neonazis, dass sie „in keinster Weise gewillt sind, die Überfremdung ihrer Heimat widerstandslos hinzunehmen.“ Kampfredner der Protestkundgebung waren Alexander von Webenau, vormals Bundesvorsitzender des Nationaldemokratischen Hochschulbunds und NPD-Parteivorstandsmitglied, und der Ex-NPD-Bundesvorsitzende Günter Deckert.

■ **Bernau am Chiemsee** – Ein neonazistisches Bündnis „Freiheit für Friedhelm Busse“ hatte zu einer Demonstration am 1. März in Bernau aufgerufen. Anlass war die Verbüßung einer 21-monatigen Haftstrafe von Friedhelm Busse in der dortigen Justizvollzugsanstalt seit Dezember vergangenen Jahres. Dem Aufruf gefolgt waren rund 200 Rechtsextremisten in die bayrische Kleinstadt. Die Kundgebung fand auf dem Gelände der JVA statt. Allerdings war der Adressat der braunen Solidarität am Vortag in ein Krankenhaus verlegt worden. Mobilisiert hatten zu der Demonstration am Chiemsee neben dem ad-hoc-Bündnis auch die NPD und die Karlsruher Kameradschaft. Ein vom zuständigen Rosenheimer Landratsamt verhängtes Verbot der Veranstaltung war vom Verwaltungsgericht München kurzfristig

wieder aufgehoben worden. In einer Erklärung hatten sich allerdings in Bernau inhaftierte Neonazis, darunter Norman Bordin und Michael Praxenthaler, vorher von der Demonstration distanziert.

■ **Bremen** – Am 12. April findet in Bremen im Vorfeld der Landtagswahl im Mai ein Bundesparteitag der Deutschen Partei (DP) statt. In der aktuellen Ausgabe der „Deutschland-Post“, der monatlichen Informationsschrift der DP, bezeichnet der DP-Bundesvorsitzende Heiner Kappel den 25. Mai als „wichtigsten Termin der DP in diesem Jahr“, da die DP an der Wahl teilnehme: „Hier müssen wir zusammenstehen! ... Unser zahlreiches Erscheinen muss sein, da wir mit dieser Aktion an die Öffentlichkeit gehen, um für den Bremer Wahlkampf zu werben.“ Dokumentiert ist in der „Deutschland-Post“ auch ein Briefwechsel zwischen Jürgen Möllemann und Kappel. Abgelehnt wird von Möllemann das Kappel-Angebot einer „Zusammenarbeit“. Möllemann: „Eines werde ich sicherlich nicht tun, nämlich den Schritt in eine andere bereits existierende Partei zu machen.“

■ **Dortmund** – Der vielfach vorbestrafte Neonazi-Multifunktionär Siegfried Borchardt („SS-Siggi“) wurde erneut zu einer Haftstrafe verurteilt: vier Monate Haft wegen Verwendung von Kennzeichen verfassungsfeindlicher Organisationen und Beleidigung eines Polizeibeamten. Der im Umfeld der Kameradschaft Dortmund des Nationalen Widerstands Ruhrgebiet aktive Borchardt hatte bei einer Demonstration des Bündnis „Dortmund gegen rechts“ Nazi-Parolen gebrüllt und einen Polizisten als „Wichser“ beschimpft. Ein Pressefoto zeigte ihn zudem mit dem „Kühnen-Gruß“. Gegen diese Fakten konnten weder sein Verteidiger André Pickert noch „Entlastungszeugen“, wie der „Oidoxie“-Sänger Marko Gottschalk etwas ausrichten. Zusammen mit einer Vorverurteilung zu neun Monaten ohne Bewährung, die das Landgericht im Januar bestätigte, droht Borchardt nun mehr als ein Jahr Freiheitsentzug.

■ **Dresden** – Das Amtsgericht Dresden verurteilte den Neonazi Ronny Thomas wegen vorsätzlicher Körperverletzung zu einer zehnmonatigen Haftstrafe ohne Bewährung. Sein mitangeklagter Vater Holger Thomas (50) wurde zu einer Geldstrafe von 1500 Euro verurteilt. Da außerdem ein Ermittlungsverfahren wegen Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte sowie eine Anklage wegen fahrlässiger Trunkenheit im Straßenverkehr gegen den 27-jährigen Thomas anhängig ist, wurde er noch im

Gerichtssaal festgenommen. Der einschlägig vorbestrafte Neonazi gilt als führender Kopf der Dresdener Szene um die Gaststätte Thor in Dresden-Übiquität. Die Schließung (BnR 2/03) des „nationalen Jugendtreff“ wird für April erwartet.

■ **Fehrbach** – Am 20. Februar begingen fünf Mitglieder des revanchistischen Andreas-Hofer-Bundes (AHB), Gruppe Saar/Pfalz, eine Kranzniederlegung am „Tiroler Gedenkstein“ in Fehrbach nahe Pirmasens. Dieter Müller, Bundesgeschäftsführer und Obmann der Gruppe Saar/Pfalz des AHB, hielt eine Rede anlässlich des Todestages von Andreas Hofer. Der 44-jährige Müller ficht für sein großdeutsches Anliegen – den Kampf der Tiroler um Wiedervereinigung zu unterstützen – vorzugsweise in der rechts-extremen Szene beziehungsweise deren Publikationen wie „Nation&Europa“ und „Deutsche Stimme“.

■ **Goldlauter/Suhl** – In „keinster Weise mit der HNG konkurrieren“ will der jüngst von den Neonazis Marco Zint (Goldlauter/Suhl) und Thomas Gerlach (Hohenleuben) gegründete „Kameradschaftsbund für Thüringer POWs“. Ziel des Zusammenschlusses ist es, „die Vernetzung der Kameraden vor allem innerhalb der Kerker zu erreichen. ... Unsere Arbeit ist nicht darauf ausgerichtet euch/uns das Haftleben zu erleichtern, sondern ist der Anfang einer Zusammenarbeit nach der Haft.“ Als Organ des „Kameradschaftsbundes“ dient die Schrift „Im Geiste frei! Eure 'Stimme' in die/der Freiheit!“ Zint und Gerlach wurden während der Zeit ihrer Inhaftierung von der Knastorganisation HNG betreut. Rund zehn Neonazis, die den Wunsch nach Briefkontakten und Gedankenaustausch mit Gesinnungskameraden in den HNG-Nachrichten äußern, sind derzeit in Thüringen inhaftiert.

■ **Karlsruhe** – Das Angebot des Neonazi-Devotionalien-Versandes „Ragnarök Records“ von Hartwin Kalmus (BnR 9/02) aus Karlsruhe kann auch im www unter skrewdriver88.de bestellt werden. Neu im Angebot ist die CD „Ein Lied für Leibzig“ (Rechtschreibung im Original) der NS-Kombo „Oidoxie“. Zu hören sind unter anderem Lieder gegen die Wehrmachtsausstellung. Angekündigt wird von Kalmus, vormals Vize-Sektionsleiter von „Blood&Honour Baden“ und Mitglied der HNG, der „2. Landser Tribut Sampler“. Er bezweifelt allerdings, „ob dieser jedoch BRD rechtlich konform ist und daher über die Versände zu beziehen ist“.

■ **Karlsruhe** – Der Bundesgerichtshof hat entschieden, dass Sparkassen Girokonten der NPD nicht

mit der Begründung, die Partei verfolge verfassungsfeindliche Ziele, kündigen dürften, solange nicht die Verfassungswidrigkeit der NPD festgestellt sei (Urteil vom 11. März 2003 – XI ZR 403/01). Der NPD-Landesverband Sachsen unterhielt bei der Volksbank Riesa seit März 1999 ein Girokonto. Im August berichtete das ARD-Magazin „Report“ über Geschäfte der NPD mit Kreditinstituten. Daraufhin kündigte die Volksbank die Geschäftsverbindung. Im anschließenden Rechtsstreit machte die Volksbank eine verfassungsfeindliche Zielsetzung der NPD geltend und berief sich auf einen Imageschaden, der ihr bei Fortführung des Kontos drohe. Hiergegen wandte sich der NPD-Landesverband Sachsen mit der vorliegenden Klage.

■ **Köln** – Rund 200 Teilnehmer hatten sich am Samstag, den 15. März zu Demonstrationen „gegen Multikulturalismus“ der extrem rechten Bürgerbewegung Pro Köln in den Kölner Stadtteilen Chorweiler und Mülheim unter dem Motto „Keine Groß-Moschee nach Köln“ eingefunden. Redner waren unter anderem die Pro Köln-Funktionäre Manfred Rouhs und Markus Beisicht. Unterstützt wurde der Aufmarsch auch vom nordrhein-westfälischen Landesvorstand der NPD.

■ **Mainz** – In der aktuellen Ausgabe der von der braunen Knasthilfe Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige herausgegebenen „HNG-Nachrichten“ wird erneut die überaus schlechte Zahlungsmoral der neonazistischen Szene deutlich. Die „schwarze Liste“ der säumigen Zahler umfasst 50 Personen, darunter auch Christian Hehl aus Ludwigshafen. Auch werden 19 Mitglieder der HNG aufgefordert, ihren Dauerauftrag an die erhöhten Beitragssätze von vier beziehungsweise sieben Euro monatlich anzupassen. Zu den Ermahnten zählt auch Hartwin Kalmus von der Karlsruher Kameradschaft.

■ **Prien** – Schwere Zerwürfnisse zeichnen sich zwischen dem unionsnahen „Deutschland magazin“, herausgegeben von der Deutschland-Stiftung (DS), und dem rechtsextremen Verein Die Deutschen Konservativen ab. In einem Rundschreiben an die Abonnenten des „Deutschland magazins“ vom 28. Februar informiert das geschäftsführende DS-Vorstandsmitglied Elisabeth Hager, dass der DS-Vorstand „trotz mehrmaliger Aufforderung nicht über die Höhe der eingegangenen Spenden noch über die Spendernamen informiert“ worden sei. Zuvor hatten Die Deutschen Konservativen die Abonnenten des Blattes mehrfach mit Bitten um Spenden zur Rettung des-

selben angeschrieben. Hager äußert gar die Befürchtung, dass „Herr Siegerist eine Konkurrenz- ausgabe zum 'Deutschland magazin' mit leichten Abänderungen“ plante und an die bisherigen Abonnenten versenden wolle.

■ **Riesa** – Der der NPD nahe stehende „Deutsche Stimme“-Verlag im sächsischen Riesa wurde von 70 Polizisten der Sonderkommission Rechtsextremismus durchsucht. Im Verlag und in drei Wohnungen beschlagnahmten die Beamten mehrere Computer und Akten. Gegen die Verlagsleiter Holger Apfel und Erwin Kemna wird wegen Volksverhetzung ermittelt.

■ **Stolberg** – Der ehemalige „Bundesführer“ der Wiking Jugend (WJ), Wolfgang Nahrath, ist tot. Das berichten NPD und „Freie Kameradschaften“ auf ihren Homepages. Demnach verstarb der langjährige NPD-Funktionär am 27. Februar im Alter von 74 Jahren. Der „vorbildliche politische Soldat“ gehörte zeitweise dem Bundes- und NRW-Landesvorstand der NPD an. Er lebte in Stolberg (Kreis Aachen), dem ehemaligen Sitz der WJ, deren „Führer“ er bis 1991 war. Danach hatte sein Sohn Wolfgang, ein Rechtsanwalt, die neonazistische Jugendorganisation bis zum Verbot 1994 geleitet.

■ **Zirndorf** – Die Bundesrepublik sei ein „dem Untergang geweihtes Regime“ beziehungsweise eine „geradezu stalinistische Gesinnungsdiktatur“ meint der Neonazi Gerd Ittner (Zirndorf), derzeit einer der gefragtesten Kampfredner im militanten Spektrum, in einem Briefwechsel (22. Februar) mit dem inhaftierten Manfred Roeder. Ittner: „Die Lumpen, Lügner und Henkersknechte scheinen völlig vergessen zu haben, wie schnell das damals mit der DDR gegangen ist ... und das Volk sich mit alles hinweg fegender Macht erhob. Auch die BRD steht jetzt kurz davor, vom gleichen Schicksal ereilt zu werden. Nur mit dem einen Unterschied, dass diesmal dann richtig und gründlich abgerechnet werden wird mit allen Feinden Deutschlands und des deutschen Volkes, die seine Interessen und Lebensrechte zur Stunde noch so hasserfüllt mit Füßen treten.“

Ausland

■ **Österreich (Sibratsgfall)** – „Was heute in der BRD geschieht, ist mit Hilfe der deutschen (?) Politiker, reine Landnahme durch fremde Menschen. Die Türken geben offen zu, dass sie unsere BRD schon jetzt als ihre Westtürkei betrachten“: „Diesen

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

Adresse:

Berliner vorwärts Stresemannstr.30 10963 Berlin
PVST, DPAG, Entgelt bezahlt, A 13861 9
Heft 06/2003 Abo 401917
Antifaschistisches Pressearchiv und
Lausitzer Str. 10
10999 BERLIN

Weg in den Volkstod müssen wir stoppen!“ fordert Egon Rieder, neuerdings Redakteur und Geschäftsführer der antisemitischen Hetzschrift „Phoenix“, die von dem österreichischen Holocaust-Leugner Walter Ochsenberger herausgegeben wird. Weiter ruft Rieder in einer „Phoenix“-Beilage zum Aufbau einer „Gesamtdeutschen Medien-Stiftung“ auf. Rieder, der Deutsche ist, und Ochsenberger hatten 1980 gemeinsam ein Handbuch für militante Rechtsextremisten veröffentlicht. Darin wurden, so der Verfassungsschutz, „Fragen der Zellenbildung, der Beschaffung und Einlagerung von Waffen, der Herstellung illegaler Schriften bis hin zur Kampfführung und Sabotage dargestellt.“

Impressum

Verlag:

Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-100, Fax 25594-192

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-174, Fax 25594-499
e-mail: nandlinger@bnr.de
Internet: <http://www.bnr.de>

Kommentatoren:

Ralf Bachmann (Berlin)
Heiner Lichtenstein (Köln)

Layout:

Heidemarie Lehmann

Herstellung:

Braunschweig-Druck GmbH, Ernst-Böhme-Str. 20
38112 Braunschweig

Abonnementverwaltung/Vertrieb:

Telefon (0 30) 2 55 94 - 130, Fax 2 55 94 - 199

Bankverbindung:

Postbank Berlin, BLZ: 10010010, Konto-Nr.: 673906-109
Erscheint 14-täglich, Bezug nur im Abonnement
Preis 75,00 Euro jährlich, inkl. Porto
Ermäßigt 43,00 Euro inkl. Porto
Probeabonnement (6 Hefte), Preis 13,00 Euro inkl. Porto.